
These 16

Die neuen Länder haben sich sichtbar und spürbar verändert: Luft, Böden und Wasser sind sauber, Städte und Dörfer sind renoviert und schön anzusehen. Die Lebensqualität der Menschen hat sich stark verbessert.

— . — . —

Blühende Landschaften – Sichtbares Zeichen verbesserter Lebensqualität

Matthias Röbler

Die DDR ist auch deshalb gescheitert, weil sie rücksichtslos von der Substanz der Wirtschaft, der Natur, der Infrastruktur, der Kultur und der Menschen gelebt hat.

Eine Gesellschaft, die nicht nachhaltig ist und nicht an ihre Kinder und Enkel denkt, hat keine Perspektive. Daraus sollte auch die Bundesrepublik Deutschland ihre Lehren ziehen.

Thesen sollen Widerspruch erzeugen, mit dem man sich dann mit guten Argumenten auseinandersetzen kann. So habe ich es zumindest von meinem Doktorvater gelernt. Dass die marode Volkswirtschaft der DDR unter dem Wettbewerbsdruck der offenen Weltmärkte zusammenbrechen musste, wird von den allermeisten Ökonomen nicht bestritten. Im Osten blühen allerdings vielerlei Verschwörungstheorien, dass die Treuhand und andere dunkle Mächte den Bankrott der neuntgrößten Industrienation der Erde – als solche sah sie die DDR-Propaganda – gezielt herbeigeführt habe.

Für viele Menschen, die ihren sicheren Arbeitsplatz in einem DDR-Betrieb und die damit verbundene Rund-

umbetreuung verloren haben, war und ist dies ein schwieriger Erkenntnisprozess. Besonders die Älteren fanden oftmals keinen neuen Arbeitsplatz und sind mit ihren gebrochenen Erwerbsbiografien heute von Altersarmut bedroht. Andere müssen um ihren wettbewerbsfähigen Arbeitsplatz, der im insgesamt erfolgreichen Transformationsprozess der Wirtschaft nach der friedlichen Revolution und der Wiedervereinigung Deutschlands entstand, jeden Tag neu kämpfen. Viele verklären heute – nostalgisch oder „ostaligisch“ – die vermeintliche Sicherheit in der DDR und den festen Zusammenhalt in der als Kollektiv bezeichneten Gemeinschaft. Auch die Gleichheit des Lebensniveaus wird gepriesen und in einen Gegensatz zur wachsenden sozialen Ungleichheit der Bundesrepublik gesetzt. Für mehr Gleichheit würde eine Mehrheit heute wohl auf manche der 1989 hart erkämpften Freiheiten verzichten. Am weit höheren westlichen Lebensstandard wollen die ehemaligen DDR-Bürger natürlich festhalten, verbunden mit den inzwischen erklärten sozialen Sicherheiten des untergegangenen SED-Regimes.

Mit dem wirtschaftlichen Niedergang der DDR war in den letzten Jahren und Jahrzehnten ihres Bestehens eine beispiellose Umweltkatastrophe verbunden. Die rücksichtslose Wirtschaftspolitik der SED konnte zuletzt nicht einmal mehr das niedrige materielle Lebensniveau ihrer Bürger sichern, zerstörte aber in unvorstellbarem Ausmaß die Umwelt und damit die ökologische Lebensgrundlage der gegenwärtigen und der nachfolgenden Generationen.

Die Elbe, auf deren gegenüber Rhein und Donau größere Naturbelassenheit wir heute stolz sind, galt als schmutzigster Strom Europas. Alle größeren Fließgewässer befanden sich in einem beklagenswerten Zustand und waren weder für die Trinkwassergewinnung noch zum Baden geeignet. Die kommunalen und industriellen Abwässer wur-

den weitgehend ungeklärt eingeleitet und vernichteten Fische und andere Wassertiere. Das Grundwasser litt unter der Nitrat-Überdüngung aus der industriemäßig betriebenen sozialistischen Landwirtschaft, an versickernden Pflanzenschutzmitteln, Ölrückständen u. ä.

Mit hohen Risiken behaftet war nicht nur die Trinkwasserversorgung der halben Dresdner Bevölkerung aus dem Uferfiltrat der Elbe. Immer mehr Menschen konnten nicht mehr mit dem wichtigsten Lebensmittel, mit sauberem und trinkbarem Wasser, versorgt werden. Wir mussten die Babynahrung unserer neugeborenen Kinder mit Mineralwasser kochen. Dafür gab es extra ausgereichte staatliche Bezugsscheine.

Das Autarkiestreben der DDR-Regierung und die schrittweise Anhebung der Öl- und Gaspreise durch die Sowjetunion führten zur fast ausschließlichen Energie- und Wärmeengewinnung aus Rohbraunkohle. Ganze Regionen verwandelten sich durch die Tagebaue in Mondlandschaften. Verschlossene Filteranlagen und der verbreitete Hausbrand mit Braunkohlenbriketts machten die DDR zu einem der größten Luftverschmutzer Europas. Beim Ausstoß von Schwefeldioxid – vom Kohlendioxid war damals gar nicht die Rede – schaffte es der Arbeiter- und Bauernstaat damit wirklich auf den ersten Platz.

Das führte nicht nur zu dem für alle DDR-Bürger und West-Besucher so unvergessenen Braunkohlengeruch in der dicken Luft, die in vielen Regionen zum winterlichen Dauersmog wurde. Fast die Hälfte aller Einwohner in den damals sächsischen Bezirken waren nach Erhebungen des Ministeriums für Gesundheitswesen 1988 durch Staub stark belastet und atmeten neben Schwefeldioxid auch Chlorverbindungen, Amine, Stickoxide und vieles andere ein. Dieser Chemie-Cocktail verursachte psychische und physische Schäden, Atemwegserkrankungen besonders bei Kindern und Herz-Kreislauf-Erkrankungen.

An dieser Stelle sei angemerkt, dass die Lebenserwartung in der DDR deutlich geringer und die Selbstmordrate dafür höher war als in der Bundesrepublik. Dies widerspricht möglicherweise der öffentlichen Wahrnehmung, ist aber durch die Statistik recht eindeutig belegt. Neben der katastrophalen Umweltsituation dürfte dafür auch die deutlich schlechtere medizinische Versorgung verantwortlich gewesen sein.

Der Gesundheitszustand der Wälder gestaltete sich fast so dramatisch wie der der Menschen. Besonders den Erzgebirgskamm und die ihn prägenden Fichtenwälder traf ein flächendeckendes Waldsterben. Allerdings waren auch die Kiefernbestände im Flachland und die Laubgehölze aller Art zunehmend geschädigt.

Der Uranerzabbau durch die SDAG Wismut als unmittelbare Folge der Reparationsleistungen nach dem Zweiten Weltkrieg an die siegreiche Sowjetunion hinterließ Halden, Schlammdeponien und bedenkliche Strahlenbelastungen im Süden der DDR. Auch der andere Erzbergbau sorgte für weitere Bodenverunreinigungen und Schwermetallstäube, die sich weitgehend ungehindert überall niederschlugen. Um die Abfallentsorgung und die Altlasten machten in der DDR weder Behörden noch Privatpersonen viel Aufhebens. Den etwa fünfhundert Mülldeponien und kontrollierten Ablagerungsflächen standen im späteren Sachsen zehnmal so viele wilde Müllkippen gegenüber. Aus ihnen flossen giftige Rinnsale, manchmal wurden sie angezündet. Wir kennen diese Bilder heute nur noch aus entfernteren Weltregionen.

Die Zahl der ausgestorbenen oder bedrohten Pflanzen- und Tierarten in unserer reichen Kulturlandschaft nahm durch industriellen Flächenverbrauch und die Intensivierung der sozialistischen Landwirtschaft bedrohlich zu. Das rief engagierte Naturschützer auf den Plan, die das Artensterben schon zu DDR-Zeiten bekämpften.

Gegen die rücksichtslose, umweltzerstörende Wirtschaftspolitik und ihr schweres Erbe formierte sich in den 1970er und 1980er Jahren die DDR-Umweltbewegung, häufig unter dem Dach der Kirchen. Trotz Stasi und Repression forderte sie von der totalitären Staatsmacht Auskunft über das wahre Ausmaß von geheimnisräumerisch verschleierte Umweltschäden. Ihr ging es um die Bewahrung der Schöpfung und die ökologische Verantwortung. Sie machte deutlich, dass sich Politik nicht nur auf die „Sicherung materieller Bedürfnisse“ – wie die Kommunisten immer so schön sagten – beschränken dürfe. Neben angemessenem Wohlstand, Wirtschaftsstabilität und Vollbeschäftigung sah sie den Erhalt der Umwelt als gleichwertiges gesellschaftliches Ziel. Wirtschaft und Konsum dürften nicht auf Kosten der Regenerationsfähigkeit der Natur und der Gesundheit der Menschen betrieben werden.

Eine wichtige Forderung der friedlichen Revolution wurde die ökologische Neuausrichtung der Gesellschaft und das Recht auf eine saubere und gesunde Umwelt. Die neugegründete Partei „Demokratischer Aufbruch“ firmierte unter dem Logo „ökologisch und sozial“. Naturressourcen sollten so geschützt werden, dass künftige Generationen die notwendigen Lebensgrundlagen vorfinden und sich an den Schönheiten unserer Heimat erfreuen könnten. Weitsichtige Umweltpolitik dürfe sich nicht auf Reparaturen beschränken, sondern es galt den Zusammenhang zwischen Lebensgestaltung, Lebenszielen und Umweltgefährdung – lokaler wie globaler – herzustellen. Wirtschaftliche Entscheidungen müssten deshalb vor ihrer Realisierung auf ökologische Unbedenklichkeit überprüft werden.

Die Politik griff in allen neuen Bundesländern diese Forderungen auf. Die in Sachsen regierende Sächsische Union unter dem westdeutschen Vordenker Kurt Biedenkopf tat dies besonders nachhaltig und bekannte sich in ihrer Grü-

nen Charta auch zur Mitverantwortung der früheren Blockpartei CDU an der Umweltkatastrophe in der DDR.

Tatsächlich verbesserte sich die Umweltsituation in den 1990er Jahren rapide. Die Luftverschmutzung und die Verunreinigung der Gewässer gingen deutlich zurück und näherten sich dem westdeutschen Niveau. Kritiker führen das immer wieder auf den flächendeckenden Zusammenbruch der maroden Traditionsindustrien im Osten zurück. Das war eine, aber nicht die entscheidende Ursache.

Mit dem Transfer von Milliarden wurden die modernsten Klär- und Wasserwerke der Welt aus dem Boden gestampft, Städte und Dörfer mit neuen Wasser- und Abwasserleitungen ausgestattet. Heute versorgen diese neuen Infrastrukturen die Bürger im Osten mit erstklassigem Trinkwasser, dessen Qualität teilweise über handelsüblichem Mineralwasser liegt. In der Elbe verdoppelte sich die Anzahl der darin lebenden Fischarten. Der Lachs zieht wieder flussaufwärts. Die Gewässerqualität hat sich überall deutlich verbessert, seit alle kommunalen und industriellen Abwässer geklärt werden. Allerdings sind manche Anlagen überdimensioniert, weil die Annahmen der Bevölkerungsentwicklung unrealistisch, einige Planer betrügerisch und manche Kommunalpolitiker naiv waren.

Unsere Kraftwerke und Industriebetriebe verfügen über die modernste Filtertechnik. Über die Emission von Schwefeldioxid redet heute niemand mehr, eher über die Vorreiterrolle ostdeutscher Braunkohlekraftwerke bei der Speicherung des Klimakillers Kohlendioxid. Der Hausbrand wurde auf Öl und Gas umgestellt, die Wärmedämmung hat den Heizenergieverbrauch halbiert. Niemand vermisst übrigens den DDR-typischen Schwefelgeruch der Braunkohle.

Natürlich lernten die ehemaligen DDR-Bürger auch, dass Umweltschutz Geld kostet. Seit dem Einbau von Wasseruhren in viele Mietwohnungen halbierte sich der Trink-

wasserverbrauch. Bierflaschen kühlt man jetzt im Kühlschrank, nicht mehr bei aufgedrehtem Wasserhahn in der Badewanne. Die Zimmertemperatur regeln heute Thermostate, nicht mehr die zur Winterzeit geöffneten Fenster. Aber immer wieder erschüttern regelrechte Unruhen kleine Städte und Dörfer, wenn Grundstücksbesitzer ihren finanziellen Anteil am Leitungsnetz durch Beiträge und Gebühren leisten sollen. Über Bürgermeister fegt der entfesselte Volkszorn dann regelmäßig hinweg. Mancher Ministerpräsident gerät in Bedrängnis und rettet sich nur mit populistischen Zugeständnissen.

Trotzdem ist die Verbesserung der Umweltsituation in den neuen Bundesländern nicht nur bei der Verbesserung der Qualität von Luft und Wasser eine Erfolgsgeschichte. Strengste Umweltauflagen und die Sanierung von Altlasten ermöglichen eine moderne Abfallentsorgung, deren Ruf gelegentlich unter Skandalen kriminellen Abfallhandels leidet. Mit vielen Milliarden konnte die Bundesrepublik Deutschland auch die katastrophalen Folgen des Uranbergbaus beseitigen und so die Gesundheit von hunderttausenden Menschen in Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt schützen.

Beim Natur- und Artenschutz allerdings waren wir nicht so erfolgreich wie in den vorgenannten Bereichen. Der Verbrauch von fruchtbarem Ackerland für Verkehrsanlagen und teilweise überflüssige Gewerbegebiete nimmt eher zu, oftmals begründet mit dem Vorrang einer vermeintlichen Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen. Gerade im Osten knüpft eine regelrechte Agrarindustrie nahtlos an die Großflächenwirtschaft der intensivierten sozialistischen Landwirtschaft an und beschleunigt das Artensterben in der freien Feldflur. In diesem Bereich der Landwirtschaftspolitik steht die ökologische Neuorientierung noch aus.

Der Niedergang der DDR drückte sich für uns Zeitgenossen nicht nur in der für alle schmerzhaft wahrnehm-

baren Umweltkatastrophe aus. Symbolisch und mit allen Sinnen wahrnehmbar war auch der Verfall der Städte, Dörfer, Herrensitze und Kirchen, der einmaligen Kulturlandschaft Mitteldeutschlands. Dabei denke ich nicht zuerst an die Ballungszentren, in denen der Versuch der Schaffung sozialistischer Großstädte gelegentlich in Akten der Zerstörung einmaliger Kulturdenkmale gipfelte. Auch in westdeutschen Großstädten begingen Architekten und „Modernisierer“ in der Zeit des Wiederaufbaus grauenhafte Bausünden, die den Vergleich mit der Stalinallee und dem Heckertviertel in Karl-Marx-Stadt durchaus standhielten. Viel schlimmer war der Verfall der Klein- und Mittelstädte. Ihre Lage außerhalb der Reichweite alliierter Bomberverbände rettete sie vor der Kriegszerstörung, nicht vor der sozialistischen Mangelwirtschaft.

Private Eigentümer erhielten keine Materialzuteilungen für die Reparatur ihrer Häuser und Grundstücke, die Mieten blieben niedrig und auf dem Vorkriegsniveau. Es herrschte immer Wohnungsnot. Schaute man von der berühmten Meißner Burg über die wunderschöne Renaissancestadt, war schon jedes dritte Dach eingefallen. Ganze Quartiere wie die Dresdner Friedrichstadt wurden abgerissen und die Bewohner in seelenlose Plattenbauten verfrachtet. Immerhin lockten dort eine Innentoilette und eine Badewanne. Diese Modernisierung à la DDR ersetzte vielen die Individualität der Altstadtviertel und half vielleicht sogar etwas bei der Schaffung „sozialistischer Persönlichkeiten“.

Wie die friedliche Revolution von 1989 zeigte, gelang das scheinbar nicht vollständig. Die Wiedervereinigung 1990 kam gerade noch rechtzeitig, um die kulturelle und architektonische Substanz der mitteldeutschen Städte und Dörfer zu retten. Vielleicht war es auch gut, dass die Kommunisten nie genug Geld hatten. Deshalb konnten sie in der geschlossenen Architektur alter Stadtkerne nicht sol-

che Verheerungen anrichten wie kapitalkräftige Investoren im Westen.

Wiederum flossen westdeutsche Steuermilliarden in die denkmalgerechte Sanierung von Marktplätzen und Schlössern. Steuerabschreibungen verlockten schwäbische Zahnärzte zur Sanierung von Jugendstilvillen in Radebeul und Görlitz. Heute erstrahlt die Architektur einer großartigen Kulturlandschaft von der nordostdeutschen Backsteingotik bis zum sächsischen Barock im alten Glanz. Die Deutschen in Ost und West erbrachten gemeinsam diese gewaltige Aufbauleistung mit ihrer Anpassungsbereitschaft, ihrem Fleiß und ihrer finanziellen Solidarität. Die Westdeutschen transferierten alljährlich fünf Prozent des Brutto sozialproduktes in den Osten, bis 2005 die stolze Summe von 1,4 Billionen Euro. Trotz einer noch immer zu hohen Arbeitslosigkeit entstanden eine wettbewerbsfähige Wirtschaft, eine lebenswerte Umwelt, die modernste Infrastruktur Europas und wunderschöne Städte und Dörfer. Die Menschen sind wohlhabender, gesünder und leben deutlich länger als in der alten DDR. Natürlich müssen sie – wie in jeder offenen Gesellschaft – mehr Unterschiede bei den Einkommen und den Lebensentwürfen aushalten. Deshalb ist – bei aller Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt – die Lebensqualität bei der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung gestiegen. Besonders die Jüngeren möchten diese Lebensqualität am Ende doch nicht gegen die Gleichmacherei, Unterdrückung und Bevormundung eines totalitären Staates eintauschen.

Heute stehen wir in der Bundesrepublik Deutschland gemeinsam vor neuen Herausforderungen. Selbst wenn uns der ökologische Umbau der Sozialen Marktwirtschaft gelingt, verzehren wir doch nach wie vor die in Jahrhunderten gebildete demografische und kulturelle Substanz unserer Gesellschaft. Die deutsche Bevölkerung altert und schrumpft dramatisch, besonders im Osten. Hier wanderte

in den letzten fünfzig Jahren ein Viertel der Bevölkerung in den Westen ab, auf der Flucht vor der SED-Diktatur oder auf der Suche nach besseren Lebensbedingungen. Dieser Aderlass an Leistungsträgern, den auf Dauer keine Gesellschaft verkraftet, führte zu einer regelrechten Entbürgerlichung ganzer Regionen im Osten Deutschlands. In vielen der gerade beschriebenen, wunderschön renovierten Klein- und Mittelstädte leben heute vor allem Rentner und Sozialhilfeempfänger. Hunderttausende Wohnungen stehen leer und wertvolle Altbausubstanz ist wieder vom Abriss bedroht. Innenstädte veröden und ganze Dörfer werden aufgegeben. Noch weniger Geburten gab es nur zur Zeit des Dreißigjährigen Krieges.

Vor dieser existentiellen demografischen und kulturellen Herausforderung sollte die Bundesrepublik die Augen nicht verschließen. Die Kommunisten in der DDR hielten ihre „Gesellschaftsordnung“ für das Ende der Geschichte und sind damit gescheitert. Auch die offene Gesellschaft kann scheitern, wenn sie keine nachhaltige Politik macht. Sie kann untergehen, weil sie gar keine Kinder und Enkel mehr hat oder keine Kultur bewahrt, die sie auf nachfolgende Generationen übertragen kann. Deshalb sollten wir aus der falschen Selbstüberschätzung und dem bornierten Realitätsverlust der kommunistischen DDR-Funktionäre die richtigen Lehren für unser freiheitlich-demokratisches Gemeinwesen ziehen.